

Utopisch?

Akkreditierung als universitäre Mitbestimmung

| KLAUS JUNKER | **In der Frage, wer die Verantwortung für die Akkreditierung von Studiengängen übernehmen soll, haben sich die Fronten verhärtet. Ein Vorschlag, wie man die Basis in den Hochschulen wieder besser in das Verfahren einbinden könnte.**

Die Diskussion über die Akkreditierung von Studiengängen ist in einem bemerkenswerten Maß von Extremen bestimmt. Diese Situation hat sich, nachdem das Bundesverfassungsgericht im März letzten Jahres die aktuelle Praxis als verfassungswidrig eingestuft und grundlegende Änderungen verlangt hat, noch verschärft. Die Hochschulpolitik in Gestalt der Kultusministerkonferenz möchte, wie auch die Hochschulrektorenkonferenz, am aktuellen Verfahren grundsätzlich festhalten. Sie baut darauf, den Moniten des Gerichts zu genügen, indem die Entscheidungsgremien anders zusammengesetzt werden, so dass künftig, jedenfalls formal, nicht mehr externe Instanzen Entscheidungen über die Genehmigung von Studiengängen treffen und somit das Grundrecht der Wissenschaftsfreiheit nicht verletzt wird. Die Gegner der Akkreditierung dagegen fordern – nun erst recht – die Abschaffung der Akkreditierung, wie es medienwirksam etwa eine Gruppe von dreißig Professoren mit dem „Heidelberger Aufruf“ im vergangenen Jahr getan hat. Viele weitere ablehnende Stimmen folgten. Als Mitverfasser mehrerer Anträge auf Ak-

kreditierung und Re-Akkreditierung, der sich dabei wenig mit den hehren Zielen dieser Verfahren befassen kann, aber umso mehr mit dem großen Aufwand und dem ungleich bescheideneren Ertrag zu tun hat, kann ich die Kritik nachvollziehen. Allerdings lenkt sowohl ein simples „Weiter so!“ als auch ein radikales „Weg damit!“ von den Grundfragen der Thematik ab.

Um zu verstehen, warum die beiden Seiten sich so wenig zu sagen haben, muss man in der Betrachtung einen Schritt zurückgehen und dabei einen in der aktuellen Diskussion wenig beachteten Punkt rekapitulieren. Die Einrichtung und die Modifikation von Studiengängen war auch vor „Bologna“ keineswegs allein Sache der wissenschaftlichen Einrichtungen, an denen diese Studiengänge angesiedelt waren. Die Genehmigung erteilte nach einer Überprüfung das Ministerium oder die Hochschulleitung. Das Verfahren war in den Geisteswissenschaften – um die es im Folgenden ausschließlich gehen soll – für die Magisterstudiengänge aus einem einfachen Grund unaufwendig und kein Gegenstand kontroverser Diskussionen: zeugnisrelevant war allein oder fast allein das Examen, also die Magisterarbeit sowie die mündlichen Prüfungen in den zwei oder drei gewählten Fächern. Der dem Zeitumfang nach weit größere Teil des Studiums – Vorlesungen, Seminare, Übungen mit ihren Referaten und Hausarbeiten – diente dagegen der Einübung in das wissenschaftliche Arbeiten. Prüfungsordnungen bestanden im Wesentlichen darin, in denkbar knapper Form Festlegungen über den Umfang

der genannten Anforderungen zu treffen. Eine Seite Text reichte dafür in aller Regel aus.

Hoher Diskussionsbedarf

Mit der Studienreform hat sich dies grundlegend geändert. Das Studium ist nun modularisiert, das heißt aus einzelnen Lehreinheiten zusammengesetzt und vor allem gibt es nun, vergleichbar der gymnasialen Oberstufe, für das Abschlusszeugnis relevante Prüfungsleistungen von Anfang an. Unabhängig von der Frage, ob die Reform sich insgesamt bewährt hat oder nicht, sollte man in der Diskussion um die Akkreditierungspraxis die elementare Tatsache anerkennen, dass mit den neuen Studiengängen nicht einfach alles komplizierter, bürokratischer oder verschulter geworden ist; es ist vielmehr, ins Positive gewendet, ein ungleich höherer Gestaltungsanspruch entstanden. Wo aber differenzierte Konzepte auszuarbeiten sind, entsteht auch immer ein hoher Diskussionsbedarf und es werden gute und schlechte oder für den jeweiligen Kontext passende und unpassende Lösungen entwickelt. Anders ausgedrückt: Akkreditierung ist notwendig – wenn man auch die etwas hochtrabende und dazu irreführende Bezeichnung vermeiden und besser von dem sprechen sollte, worum es tatsächlich geht: um die Genehmigung und die spätere Überprüfung von Studiengängen.

Doppelter „Sündenfall“

Die entscheidende Frage aber, die auch für das Urteil des Verfassungsgerichts wesentlich war, lautet nun: Wer soll die Aufgabe übernehmen? Geht man dieser Frage nach, stößt man, um es etwas plakativ auszudrücken, auf einen doppelten Sündenfall. Zunächst: Die Hochschulleitungen trauen den Wissen-

AUTOR



Klaus Junker ist apl. Professor für Klassische Archäologie und Studienmanager für Archäologie an der Johannes Gutenberg-Universität in Mainz.

schaftlern die Aufgabe offenkundig nicht zu. Diese dürfen zwar Konzepte erarbeiten und den Genehmigungsantrag stellen, das eigentliche Gegenüber der Hochschulleitung aber ist die Akkreditierungsinstanz. Ob es sich dabei um eine externe Agentur handelt oder eine Stabsabteilung innerhalb der Hochschule, die im Sinne der inzwischen verbreiteten „Systemakkreditierung“ tätig wird, macht keinen wesentlichen Unterschied – teuer ist das eine wie das andere und vor allem sind es jeweils lehrferne Personen, die den ersehnten Bescheid ausstellen und deren Lieblingsinstrument zur Qualitätsmessung das „Kriterienraster“ ist.

Warum aber trauen die Hochschulleitungen den eigenen Wissenschaftlern die Aufgabe nicht zu? Grundsätzlich sind zwei Annahmen denkbar: Die Professoren können es nicht oder sie wollen es nicht. Das führt auf den zweiten Sündenfall. Der Heidelberger Aufruf enthält in diesem Zusammenhang einige verräterische Bemerkungen. Zwar ist gleich im ersten Satz davon die Rede, an deutschen Universitäten habe sich seit Urzeiten „ein System der Qualitätssicherung entwickelt, dessen Strenge ihres-

gleichen sucht“. Doch anschließend wird dieses bei Akkreditierungsverfahren zentrale Stichwort nur noch auf die hohen Standards bezogen, die bei ihrer eigenen Auswahl als Hochschullehrer beachtet worden seien. Erläuterungen dazu, wie die so heftig attackierte Akkreditierung künftig aussehen soll, findet man dagegen nicht. Da an jeder Universität eine Gruppe von hundert Professoren, die die Verantwortung für die Akkreditierung ernsthaft reklamieren würde, eine nicht zu übergehende Stimme wäre, eine solche Initiative aber noch nie gestartet wurde, haben Hochschulpolitik und -leitungen am Ende recht: Die Professoren wollen diese Verantwortung nicht.

Vorschlag für eine Revision der Verfahren

Dabei liegt auf der Hand, wie die Ausübung dieser Verantwortung aussehen könnte. An allen Universitäten sind die einzelnen Fächer durch gemeinsame Gremien und deren Ausschüsse sowie über vielfältige persönliche Beziehungen miteinander verflochten. Eng miteinander verbunden sind die Fächer vor allem in der Lehre, indem Studierende

über ihre Kernfach-Beifach-Kombinationen in der täglichen Arbeit mit unterschiedlichen Prüfungsordnungen, Lehrkonzepten und Institutsmilieus konfrontiert sind. Es existieren also starke Strukturen und Verknüpfungen, die als Basis dafür dienen könnten, die Verantwortung für die Akkreditierung kleinen gemischten internen Gremien anzuvertrauen, in denen Lehrende verwandter oder weiter entfernter Fächer, Studierende sowie Vertreter der bestehenden Akkreditierungsinstanzen und – bei Neueinrichtungen – auswärtige Gutachter miteinander Konzepte beraten und dann auch über eine Empfehlung zur Annahme der zur Diskussion stehenden Prüfungsordnung an die Hochschulleitung entscheiden könnten. Statt des aktuell nur immer bilateralen Gesprächs zwischen Akkreditierungsinstanz und Fach würde so an der Hochschule auch ein wirklicher Austausch über Stärken und Schwächen unterschiedlicher Studiengangskonzepte und Prüfungsordnungen entstehen, mithin eine Form gelebter Demokratie in einem klar definierten universitären Rahmen. Aber ist sie gewollt von denen, die sie tragen müssten?

Anzeige

EDUglopedia.org – A Global Initiative to Collect and Connect Study Programs Worldwide.



The EDUglopedia.org project is a global initiative to create an open and free platform to promote and find higher education programs. **Already today, universities around the world are registered on the platform and use EDUglopedia.org to promote their programs to an international audience.** Our vision is to make higher education more accessible and to foster inclusion both of institutions and people around the world.

Originating from the area of IT education, EDUglopedia.org is now open to all kinds of fields and disciplines, including (in alphabetical order): **Architecture, Arts and Humanities, Business, Education, Engineering, Law, Life Sciences, Medicine and Health Sciences, Physical Sciences and Mathematics, and Social and Behavioral Sciences.**

While pay-sites charge universities to register their programs, **EDUglopedia.org is an initiative by the academic community itself, and it is free of any charges.** Together we can create a living source of higher educational offerings, to which everybody can contribute and which everybody can access, regardless of financial opportunities or any other socio-economic status.

It only takes 3 minutes to register a program, and each program will be given 100% visibility free of any charges on the global platform: <http://www.EDUglopedia.org>

Become part of the movement!